

Gewerkschaftstag des DBB NRW

Roland Staude mit überwältigendem Wahlergebnis wiedergewählt



© DBB NRW | Christian Kratzsch

Der Vorstand stellt sich vor: Susanne Aumann, Stefan Behlau, Diana Wedemeier, Sabine Mistler, Astrid Walter-Strietzel, Himmet Ertürk, Roland Staude, Rainer Hengst, Sandra van Heemskerck, Frank Meyers, Wibke Poth, Andrea Sauer-Schnieber, Achim Hirtz, Mathia Arent-Krüger, Erich Rettinghaus (von links)

Mit einem Ergebnis von 323 Ja-Stimmen (97,8 Prozent) aus 331 abgegebenen Stimmen (fünf Nein-Stimmen und drei Enthaltungen) wählten die Delegierten des Gewerkschaftstages 2024 des DBB NRW erneut Roland Staude (komba) zum 1. Vorsitzenden des Landesbundes Nordrhein-Westfalen im Deutschen Beamtenbund und Tarifunion (DBB NRW).

Zum 2. Vorsitzenden des DBB NRW wählten die Delegierten aus den 40 Fachgewerkschaften des DBB NRW **Stefan Behlau** (VBE) mit 311 Ja-Stimmen aus 332 abgegebenen Stimmen.

Zu den vier stellvertretenden Vorsitzenden des DBB NRW wählten die Delegierten **Himmet Ertürk** (vdla) mit 284 Stimmen, **Sabine Mistler** (phV) mit 225 Stimmen, **Erich Rettinghaus** (DPoIG) mit 270 Stimmen und **Andrea Sauer-Schnieber** (DSTG) mit 289 Stimmen aus 333 abgegebenen Stimmen.

Zur Vorsitzenden der Tarifkommission des DBB NRW wurde **Sandra van Heemskerck** (komba) mit 312 Ja-Stimmen aus

328 abgegebenen Stimmen gewählt (acht Nein-Stimmen und acht Enthaltungen). Zu den fünf Beisitzern des DBB

NRW wurden **Rainer Hengst** (DSTG) mit 247 Stimmen, **Achim Hirtz** (BSBD) mit 273 Stimmen, **Frank Meyers** (kom-



Delegierte der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

© DBB NRW | Friedhelm Windmüller

2 Interview mit Minister Liminski

Vom geeinten Europa profitieren alle



5 Bundesseniorenvertretung in Berlin

Hauptversammlung diskutierte seniorenpolitische Themen



6 Gestern wie heute

Beamte sind Wegbereiter der Europäischen Integration





Impulsvortrag des WDR-Intendanten Tom Buhrow über die Gründung des demokratischen Rundfunkwesens in NRW



Impulsvortrag des früheren Richters am Bundesverfassungsgericht, Prof. Dr. Udo Di Fabio, begeisterte die Zuhörerinnen und Zuhörer

ba) mit 305 Stimmen, **Wibke Poth** (VBE) mit 254 Stimmen und **Astrid Walter-Strietzel** (GDS) mit 224 Stimmen aus 333 abgegebenen Stimmen gewählt.

tungskräften, Feuerwehrleuten, Gerichtsvollziehern, Finanzbeamten, Ordnungsamtsmitarbeiter, Jugendamtsmitarbeiter, Mitarbeiter in Jobcentern und zunehmend auch

ausdrücklich auch Übergriffe auf Politiker und ehrenamtliche Wahlhelfer mit ein, die wir als DBB NRW entschlossen verurteilen.“

Neben Grußworten der Fraktionsvorsitzenden der vier demokratischen Parteien im NRW-Landtag waren weitere Höhepunkte auf der öffentlichen Veranstaltung am 7. Mai der Impulsvortrag des Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, Tom Buhrow, über die „Entstehungsgeschichte des demokratischen Rundfunkwesens in NRW nach dem Krieg und die Bedeutung der Medien in der Demokratie“.



Besucherinnen und Besucher der öffentlichen Veranstaltung

„Wer Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausübt, der gehört geächtet! – Jeder Angriff ist letztendlich ein Angriff auf den Staat. Der öffentliche Dienst darf nicht zum Freiwild von solchen Aggressoren werden!“

Auf dem Gewerkschaftstag 2024 vom 5. bis 7. Mai wählten die etwa 350 Delegierten aus den 40 Fachgewerkschaften des DBB NRW einen neuen Vorstand und stellten mit der Beratung von 152 Anträgen die Weichen für die Entwicklung des öffentlichen Dienstes in den nächsten fünf Jahren. Weiterhin standen Danksagungen, Verabschiedungen und die Vergabe von Ehrenmitgliedschaften auf der Tagesordnung.

Ein weiterer herausragender Beitrag war der Impulsvortrag des früheren Richters am Bundesverfassungsgericht, Prof. Dr. Udo Di Fabio, über das „Grundgesetz im europäischen Einigungsprozess“, der es nach Ansicht der Zuhörer vermochte, Wissen aus sechs Monaten Vorlesungen über Staatsorganisation und Europarecht allgemeinverständlich auf eine halbe Stunde zu komprimieren. MM

In seiner Rede verurteilte **Roland Staudé** erneut die Übergriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und bezog auch die aktuelle Gewalt gegen Politiker und ehrenamtliche Wahlhelfer im Vorfeld der anstehenden Europawahl ein.

gegenüber Medienschaffenden. Inzwischen ist keine Beschäftigungsgruppe im öffentlichen Dienst mehr ausgeschlossen. Einer solchen Entwicklung muss sich unsere demokratische Wertegemeinschaft entschieden entgegenstellen. Angesichts der gegenwärtigen Angriffe im Vorfeld der Europawahl beziehen wir

„Jeden Tag erfahren wir von Übergriffen gegenüber Ret-

Interview mit NRW-Europaminister Nathanael Liminski

Interview

Vom geeinten Europa profitieren alle

Nathanael Liminski ist seit 2022 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und bereits seit 2017 Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen (CdS). Das NRW Magazin traf den 38-jährigen Minister in seinem Amtssitz.

NRW Magazin: Von den rund 450 Millionen Einwohnern der Europäischen Union leben 18 Millionen Menschen

in Nordrhein-Westfalen, das sind vier Prozent der EU-Gesamtbevölkerung. Was tun Sie als verantwortlicher Mi-

nister dafür, dass unser Land auf europäischer Ebene angemessen wahrgenommen wird?

Minister Liminski: Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Unsere Größe, Wirtschaftskraft und die vielfältigen

internationalen Verbindungen von Menschen und Unternehmen gerade auch ins europäische Ausland bringen einerseits besondere Möglichkeiten mit sich und andererseits auch eine besondere Verantwortung, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Als Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten bin ich Botschafter für unsere NRW-Anliegen in Berlin und Brüssel; das heißt, im Austausch mit allen entscheidenden Akteuren – von den Mitgliedern des Europaparlamentes über den Rat und Europäischen Ausschuss der Regionen bis hin zur Kommission – unsere NRW-Interessen zu artikulieren. Das ist selten Glanz, Glorie und Gala, eher Klinkenputzen, Kraftakt und manchmal auch Keilerei. Zentral ist dabei unsere Landesvertretung in Brüssel, die unser Sprach- und Hörrohr auf der europäischen Bühne ist. Zudem arbeite ich mit den Europa-abgeordneten aus NRW zusammen, auch überparteilich, wie etwa jüngst beim Medienfreiheitsgesetz. Auch suchen wir den Schulterchluss mit Regionen ähnlicher Prägung, wie etwa Hauts-de-France in Frankreich, Flandern in Belgien und Schlesien in Polen. Und wir nutzen besondere Formate wie die Benelux-Union, in der wir seit 2008 Mitglied sind.

NRW Magazin: Für viele Menschen ist die EU weit weg. In vielen Diskussionen wird die EU oft als Bürokratiemonster oder bezüglich Deutschlands Transferzahlungen an „ärmere“ Mitgliedstaaten als „Fass ohne Boden“ titulierte. In welchem Umfang profitieren die Menschen in NRW von der Europäischen Union? Können Sie konkrete Beispiele nennen?

Minister Liminski: Die Vorteile der Europäischen Union sind für jeden Einzelnen von uns im Alltag spürbar, von der gemeinsamen Währung über das grenzenlose Reisen bis hin zum Wirtschaften im Binnenmarkt. Und mit Blick auf die Haupt-

leserschaft des DBB NRW-Magazins will ich den Schutz der Arbeitnehmerrechte nicht unerwähnt lassen. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bochum bis Bukarest genießen durch die EU bestimmte Mindestrechte in Bezug auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Aber in diesen Zeiten sollte auch darüber hinaus jedem und jeder wieder klar werden, warum das Friedensprojekt Europa aktueller denn je ist. Staaten in der EU haben mehr Frieden und Stabilität als schon die Nachbarstaaten an der EU-Außengrenze. Das ist kein Zufall. Und dann kommt das Alternativszenario hinzu: Stellen wir uns nur einen Moment einmal vor, wir würden nicht gemeinsam unsere Werte und Interessen in der Welt vertreten. Wir wären ein Spielball zwischen den großen Mächten, zumal in geopolitisch so konfrontativen Zeiten wie jetzt. Und das würde jeder von uns in seiner Freiheit – privat wie beruflich – zu spüren bekommen.

NRW Magazin: Viele Städte in NRW haben Städtepartnerschaften in Europa und der ganzen Welt. Wie läuft die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und Verwaltungen? Und wie unterstützt das Land diese Partnerschaften?

Minister Liminski: Städtepartnerschaften sind eine der nachhaltigsten Friedensbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg. NRW-Kommunen pflegen Verbindungen in die ganze Welt, generell oder auch zu ganz konkreten Themen. Die Klimafolgenanpassung ist zum Beispiel ein zentrales verbindendes Thema von Düsseldorf und dem französischen Toulouse, weil man davon ausgehen muss, dass das heutige Klima dort unseres in einigen Jahrzehnten sein wird. Was mich freut und auch stolz macht, sind die neu entstandenen Kooperationen infolge des Hamas-Angriffes auf Israel und des Krieges in der Ukraine. So zeigen auch unsere Kommunen



ihre Solidarität. Gab es 2022 vor dem russischen Angriffskrieg nur sechs Partnerschaften mit der Ukraine, sind es inzwischen 39. Diese Dynamik von Partnerschaft in ein Kriegsgebiet hinein ist alles andere als selbstverständlich. Weil wir um die starke Wirkung solcher subnationalen Beziehungen wissen, würdigt das Land solches Engagement unter anderem mit der Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ und unterstützt gleichzeitig, wo es geht, den Aufbau dieser Städtepartnerschaften. Über die neue Landesinitiative Europa-Schecks können sich Kommunen oder Partnerschaftsvereine aus NRW beispielsweise um finanzielle Unterstützung bewerben. Des Weiteren haben wir bei der Auslandsgesellschaft eine Netzwerkstelle Städtepartnerschaften angesiedelt, die kommunale Akteure berät, und es gibt einen regelmäßigen Austausch mit den EU-Beauftragten in den Kommunen.

NRW Magazin: Zum europäischen Erfolgsmodell im Bildungsbereich hat sich das Erasmus-Programm entwickelt. Seit dem Start des Programms 1987 wurden 13 Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei ihrem ausländischen Bildungsaufenthalt gefördert. Zugleich fördern viele Unternehmen den europäischen Austausch ihrer Beschäftigten, zum Sammeln von Auslandserfahrungen. Wie kann das Programm weiterentwickelt werden, zum Beispiel konkret für Beschäftigte im öffentlichen Dienst europäische Austausch- oder Weiterbil-

dungsangebote anzubieten? Wäre das im Wettbewerb um die besten Köpfe nicht auch eine attraktivitätssteigernde Trumpfkarte für den öffentlichen Dienst?

Minister Liminski: Wie bereichernd Auslandsaufenthalte sein können, habe ich selbst erfahren, als ich während meines Studiums Praktika im Ausland gemacht und ein halbes Jahr an der Sorbonne in Paris ein Erasmus-Semester absolviert habe. Das sind wichtige Erfahrungen. Wir wollen, dass möglichst viele junge Menschen auch abseits der Universitäten sie machen können. Gemeinsam mit Unternehmen fördern wir als Land die Initiative „Europa – Erleben und Lernen“. Sie ermöglicht Auszubildenden Auslandsaufenthalte und Einblicke in EU-Themen. Hier können sich natürlich auch Verwaltungen mit ihren Azubis beteiligen. Überhaupt ist es mir ein persönliches Anliegen und auch Teil des schwarz-grünen Zukunftsvertrages für NRW, die Europa-kompetenz unserer Landesverwaltung zu stärken. In Zeiten des Fachkräftemangels kann das tatsächlich ein entscheidender Pluspunkt sein. Wir starten in diesen Wochen ein neues Exzellenzprogramm Europa, mit dem wir interessierten Mitarbeitern aus allen Ressorts Aufenthalte an den beiden Landesvertretungen in Berlin und Brüssel ermöglichen, um Einblick in die Koordination der Europapolitik durch NRW-Vertreter sowie durch Institutionen des Bundes und der EU zu erhalten. Zudem ermöglichen wir mit Abordnungen zu

EU-Institutionen eine persönliche Weiterentwicklung. Solche Auslandserfahrungen und Einblicke in andere Behörden erweitern den eigenen Horizont ja nicht nur sprachlich, sondern helfen auch, Routinen und Rahmenbedingungen im eigenen Land neu zu bewerten.

NRW Magazin: Nach dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, dem Brexit, werden zunehmend auch hierzulande populistische Stimmen laut, welche eine Mitgliedschaft Deutschlands in der EU hinterfragen oder einen „Dexit“, den Austritt Deutschlands aus der EU, propagieren. Wie würden Sie diese Menschen von einem Verbleib in der EU überzeugen? Unter welchen Umständen könnte Großbritannien in Zukunft wieder Mitglied der EU werden?

Minister Liminski: Populisten und Extremisten nähren die wahnwitzige Vorstellung, dass ein sogenannter Dexit zu mehr Sicherheit, Wohlstand und Freiheit führen würde. Dabei ist genau das Gegenteil der Fall. Der Blick nach Großbritannien zeigt uns doch, was wir verlieren,

wenn wir nicht Teil der EU wären: Der Brexit hat den Briten viele Vorteile mit Blick auf die Mobilität von Unternehmen, Arbeitnehmern, Studierenden, Auszubildenden und Schülern genommen. Und er hat sie 163 Milliarden Euro im Jahr gekostet und die Wirtschaftsleistung ist heute im Vergleich zum Verbleib in der EU etwa sechs Prozent niedriger. Wer findet das gut? Unsere hiesige Wirtschaft hat selbst mit Zahlen, Daten und Fakten jüngst auf die katastrophalen Folgen hingewiesen, die ein Wegbrechen des EU-Binnenmarktes für die exportorientierte NRW-Wirtschaft bedeuten würde. Allein für NRW hat das Institut der Deutschen Wirtschaft berechnet, dass rund ein Fünftel der gesamten Wertschöpfung und damit 138,9 Milliarden Euro an EU-Exporten hängen. Über die eng mit dem Binnenmarkt verknüpften Wertschöpfungsnetze werden zudem knapp 1,7 Millionen Arbeitsplätze gesichert. Das entspricht jedem sechsten Arbeitsplatz in NRW. Das Brexit-Szenario auf Deutschland übersetzt, müssten wir in NRW den Verlust einer halben Million Arbeitsplät-

ze befürchten. Wer kann das wollen? Und vor allem: Wofür? Die Mehrheit der Briten scheint den Brexit inzwischen als Fehler erkannt zu haben. Aus meiner Sicht spricht nichts dagegen, sie irgendwann wieder in die EU aufzunehmen. Das wird dann allerdings nicht von heute auf morgen klappen und klaren Kriterien folgen müssen.

NRW Magazin: Erstmals dürfen auch junge Menschen ab 16 Jahren an der Europawahl teilnehmen. Wie würden Sie Jung und Alt motivieren, am 9. Juni 2024 von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen?

Minister Liminski: Wir sprechen häufig von einer Schicksalswahl. In diesem Fall will ich den Begriff ganz bewusst nutzen, weil es am 9. Juni um die Frage geht, ob Europa entscheidungsfähig bleibt, wenn es darum geht, unsere eigenen Interessen und Werte in der Welt zu vertreten. Deshalb nutze ich derzeit jede Möglichkeit, um auf Veranstaltungen, bei Verbänden oder in Schulen auf die Wahl und ihre Wichtigkeit hinzuweisen. Viele der Initiativen unterstützen wir

als Land mit unserer neuen niedrigschwelligen Landesinitiative „Europa-Schecks“. Zusätzlich haben wir eine Europawahl-Kampagne auf Instagram und TikTok gestartet. Sie zeigt in kurzen Videos konkrete Vorteile der EU und richtet sich vor allem an ein jüngeres Publikum. Genauso sehe ich die Parteien der Mitte in der Pflicht, die Jugend direkt und altersgemäß anzusprechen, vor allem dort, wo sie im Alltag viel Zeit verbringen. Wir dürfen den digitalen Raum nicht den extremen Parteien und Europegegnern überlassen. Europa wird in der Welt nur dann erfolgreich für Freiheit und Recht einstehen und wettbewerbsfähig bleiben, wenn wir unser Gewicht gemeinsam in die Waagschale werfen. Genauso wie wir die EU brauchen, kommt es jetzt auf uns und unsere Stimme bei der Europawahl an. Es braucht eine Mehrheit derjenigen, die am härtesten an Lösungen arbeiten – nicht derjenigen, die am lautesten schreien. Machen statt meckern – das ist das Gebot der Stunde. *MM*

Das Interview führten Roland Staude und Marcus Michel.

SV Düsseldorf zur Europawahl 2024

SV Düsseldorf

Einfluss auf Soziales und Sicherheit in Europa diskutiert

Die vom dbb Stadtverband Düsseldorf durchgeführte Round-Table-Veranstaltung zur Bedeutung der Europawahl 2024 war ein voller Erfolg. Wichtige Themen wie Migration, Sicherheitspolitik und soziale Gerechtigkeit standen im Mittelpunkt der lebhaften Diskussionen überwiegend jugendlicher Teilnehmer mit Europapolitikerinnen und -politikern von CDU, SPD, den Grünen und FDP. Die Diskussionsrunde beleuchtete, wie drängende Fragen der Flüchtlingspolitik, Chancengleichheit und der Cybersicherheit Europa aktuell prägen. Die Teilnehmenden **Thomas Jarzombek** (CDU),



Teilnehmende Politiker und Organisatoren der Round-Table-Diskussionsveranstaltung des SV Düsseldorf im Bürgerzentrum Bilk

Dr. Sabrina Proschmann (SPD), **David Sasserath** (Die Grünen) und **Karl Trautmann** (FDP) betonten die Notwendigkeit eines sozial gerechten Europas und diskutierten die Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die

Bedeutung der kommenden Wahl wurde als entscheidend für die zukünftige Richtung Europas hervorgehoben. Ein anschließender Imbiss bot Gelegenheit für persönliche Gespräche, die die Wichtigkeit des eigenen Engage-

ments und der Teilnahme an der Wahl unterstrichen. Das Event im Bürgersaal in Düsseldorf-Bilk zeigte einmal mehr, dass politische Bildung und aktive Teilnahme an der Demokratie von großer Bedeutung sind. *MM*

Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung in Berlin

Am 29. und 30. April 2024 trafen sich die Delegierten der dbb Landesseniorenvertretungen und der Bundesfachgewerkschaften zur Frühjahrs-Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung in Berlin.

Nach der Begrüßung und Erledigung einiger Formalien durch den Vorsitzenden **Dr. Horst Günther Klitzing** begrüßte der Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** die Seniorenvertretungen und informierte über Aktuelles aus der Bundespolitik und die Aktivitäten des dbb beamtenbund und tarifunion. Er zeigte sich enttäuscht über die Untätigkeit des Bundesinnenministeriums bezüglich der Umsetzung des Verwaltungsgerichtsurteils zur amtsangemessenen Besoldung und der vielen erfolglosen Gespräche seitens des dbb. Er bemängelte auch die fehlenden Konzepte der Bundesregierung zur Stärkung des öffentlichen Dienstes (unter anderem Personalausstattung), zu den gesellschaftlichen Problemfeldern Rente und Pflege und zeigte sich besorgt über die Diskussionen zum Beispiel zu Bürgergeld und Migration hinsichtlich der Europawahl im Juni und der Landtagswahlen im Herbst. Positiv bewertete er die Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Abschließend gab er einen Ausblick auf die zukünftige Arbeit und Ausrichtung des dbb, die sich an den



Bedarfen der Mitglieder ausrichten müssen, um weiterhin einen starken Stellenwert gegenüber der Politik zu wahren. Im kommenden Jahr beabsichtigt der dbb, einen Zukunftskongress ins Leben zu rufen.

Der nächste Referent **Dr. Guido Klumpp** von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) erläuterte die Bedeutung des Rechtsgutachtens der BAGSO zur „Altenhilfe nach § 71 SGB XII“. Hier sind vor allem die Kommunen gefordert, mit Unterstützung der Stadt- und Landkreise ihrer Pflicht nachzukommen, die Teilhabe älterer Menschen zu fördern. Der Bund kann nicht selbst eingrei-

fen, die Bundesländer können jedoch ergänzende Regelungen einbringen und finanziell Unterstützung leisten. Recherchen und Befragungen durch die BAGSO zu Angeboten und Ausgaben für die Altenhilfe zeigen, dass die Angebote in den Kommunen sehr unterschiedlich sind, dabei weniger von der Finanzkraft und Leistungsstärke der Kommunen abhängen, sondern eher vom politischen Willen.

Im Bericht der Geschäftsführung informierte der Vorsitzende Dr. Klitzing über zahlreiche Gespräche mit Ministerien, zum Beispiel mit dem Ministerium des Inneren, dem Bau- und Gesundheitsministerium sowie mit der Opposition. Er stellte fest, dass man keinerlei Strategien oder Konzepte zu senienpolitischen Themen beobachten konnte. Es gibt keine neuen Erkenntnisse zu den Pflegeproblemen, eher eine gewisse Ratlosigkeit und viele offene Fragen zur Sicherung des Rentenniveaus.

Dr. Klitzing berichtete weiterhin über die gute Zusammenarbeit der Querschnittsorganisationen. Geplant waren daher

für diese Hauptversammlung Berichte der dbb jugend und der dbb frauenvertretung. Die Ausführungen der Frauenvertretung zeigten, dass alle drei Querschnittsorganisationen zahlreiche übereinstimmende inhaltliche Schnittstellen aufweisen und man gemeinsam für die Forderungen kämpfe. Die Pflegebroschüre der dbb bundesseniorenvertretung wird in Kürze in überarbeiteter Form erscheinen, bei den übrigen Publikationen der dbb bundesseniorenvertretung werden sich langfristig Veränderungen ergeben (unter anderem Reduzierung von Ausgaben zum Beispiel von AiR und Umstellung auf digitale Formate).

Abschließend gab der Vorsitzende einen Ausblick auf geplante Veranstaltungen im Jahr 2024 und 2025. Die nächste Senienpolitische Fachtagung findet am 1. Oktober 2024 zum Thema „Lernen im Alter“ statt, am 2. Oktober die Herbst-Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung. Für das Jahr 2025 planen Jugend, Frauen und Senioren einen gemeinsamen Kongress. MAK



Gestern wie heute

Beamte sind Wegbereiter der europäischen Integration

Ein Bekenntnis zur Vereinigung Europas legt der Deutsche Beamtenbund schon 1954 gemeinsam mit Delegationen der Beamtenorganisationen aus dem damals noch französisch kontrollierten Saargebiet, Österreich, Belgien, Luxemburg, der Schweiz und Schweden auf dem Bundesvertretertag des Deutschen Beamtenbundes in Bonn ab. Bereits 1951 wurde durch die Unterzeichnung des Pariser Vertrags die erste Europäische Gemeinschaft gegründet: die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Ziel dieser Gemeinschaft war es, die gesamte deutsch-französische Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen, supranationalen Aufsichtsbehörde („Hohe Behörde“ genannt) zu unterstellen. Diese Gemeinschaft garantierte den freien Verkehr von Kohle und Stahl innerhalb der Mitgliedstaaten. Der Gründungsvertrag wurde von insgesamt sechs Ländern unterzeichnet: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden.



Wahlauftritt des DBB NRW Vorstandes zur Europawahl 2024

© DBB NRW | Christian Kratzsch

Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Die Idee der EWG ist die Schaffung eines großen gemeinsamen Marktes auf europäischer Ebene, in dem der freie Personen- und Warenverkehr durch die Gründung einer Zollunion und eines stufenweisen Abbaus der Zölle innerhalb der Mitgliedsländer ermöglicht werden soll.

Anfang 1958 werden weitere europäische Institutionen gegründet. Es entstehen die Eu-

ropäische Atomgemeinschaft vollständig abgeschafft. Auf Güter aus Drittländern werden nun EWG-weit einheitliche Zölle erhoben. Der Grundstein für den weltweit größten Handelsraum ist gelegt. Die Auswirkungen sind beeindruckend: Zwischen 1957 und 1970 verzehnfachte sich der innergemeinschaftliche Handel. Der Handel der EWG mit dem Rest der Welt verdreifachte sich. Die Verbraucher profitieren direkt von dieser Entwicklung, da sie aus einem immer vielfältigeren Angebot von importierten, preiswerten Waren wählen können. Die europäische Dimension wird zur Realität.

Am 1. Januar 1973 findet die erste Erweiterung der EWG durch den Beitritt des Vereinigten Königreichs, Irlands und Dänemarks statt. Die Anzahl der Mitgliedsländer steigt von sechs auf neun. Im Juni 1979 werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zum ersten Mal direkt gewählt. Vorher wurden sie von den nationalen Parlamenten entsandt. Die Mitglieder des Parlaments gehören bereits seit einiger Zeit länderübergreifenden Fraktionen (Sozialisten, Konservative, Liberale, Grüne und so weiter) und nicht mehr nationalen Delegationen an.

Griechenland schließt sich am 1. Januar 1981 der Europäischen Gemeinschaft an, im Januar 1986 finden auch Spanien und Portugal den Weg in die Europäische Gemeinschaft. Man spricht von nun an vom „Europa der Zwölf“. In der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA), der erste umfassende Änderungsvertrag der Römischen Verträge, wird Anfang 1986 die Fertigstellung des Gemeinsamen Binnenmarktes zum 1. Januar 1993 festgelegt. In diesem Vertrag verpflichten sich die zwölf Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, bis spätestens zu diesem Datum ein Europa, ohne innere Grenzen, zu schaffen. Mit dem Vertrag von Maastricht, der am 7. Februar 1992 unterzeichnet wird und 1993 in Kraft tritt, erhält die Europäische Gemeinschaft eine neue Dimension. Von nun an heißt die EG offiziell „Europäische Union“. Die 1993 begonnenen Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Finnland und Schweden münden 1995 in eine Erweiterung der EU um diese drei Länder. Ab diesem Zeitpunkt spricht man vom „Europa der 15“.

Das bereits 1985 unterzeichnete Schengener Übereinkommen tritt in Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg,



Als manche kaum über den Tellerrand blickten, bekannten sich Beamte schon zu Europa.

© DBB NRW | Marcus Michel

Um die europäische Integration weiter voranzutreiben, beschließen diese sechs Mitgliedstaaten, weitere wirtschaftliche Bereiche mit in die Gemeinschaft aufzunehmen. Im März 1957 unterzeichnen die gleichen sechs Länder die Verträge von Rom und gründen damit die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die

europäische Kommission, der Ministerrat, die Parlamentarische Versammlung (später „Europäisches Parlament“ genannt) sowie der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (später Gerichtshof der Europäischen Union). Am 1. Juli 1968 tritt die Zollunion in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt sind alle Zollabgaben zwischen

den Niederlanden, Portugal und Spanien in Kraft. Dabei handelt es sich um die Möglichkeit des freien Personenverkehrs ohne Grenzkontrollen, die Vereinheitlichung der Vorschriften für Einreise und den kurzfristigen Aufenthalt von Ausländern im „Schengenraum“ (einheitliches Schengenvisum), Regeln für die Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats für Asylanträge, Maßnahmen gegen grenzüberschreitenden Drogenhandel, polizeiliche Zusammenarbeit und Zusammenarbeit der Schengenstaaten im Justizwesen. Auf den Vertrag von Maasticht folgt der Vertrag von Amsterdam, der am 2. Oktober 1997 unterzeichnet wird. Dieser neue Vertrag soll die zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Regierungen der Mitgliedsländer der Europäischen Union perfektionieren. Darüber hinaus führt er die neuen Aufgabenbereiche Polizei, Justiz und Beschäftigung im Rahmen der Europäischen Union ein. Ebenso wird die Sozialpolitik mit in den Vertrag eingeschlossen. Von nun sind alle Mitgliedstaaten angehalten, die gemeinschaftlichen Bestimmungen in diesen Bereichen zu beachten.

Die Staats- und Regierungschefs einigen sich während des

EU-Gipfels in Nizza vom 7. bis 11. Dezember 2000 auf einen neuen Vertrag, den Vertrag von Nizza. Er wird am 26. Februar 2001 von den 15 Mitgliedstaaten unterzeichnet und sieht eine institutionelle Reform der EU vor, um die Erweiterung auf 25 Staaten zu ermöglichen. Der Vertrag von Nizza tritt am 1. Februar 2003 in Kraft. Möglich geworden durch den Vertrag von Nizza, kommt es am 1. Mai 2004 nach einer langen Verhandlungsphase zwischen der EU und jedem Beitrittskandidaten zum Beitritt von zehn neuen Staaten: Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Tschechische Republik, Slowakei und Slowenien. Das „Europa der 25“ ist entstanden. Am 1. Januar 2007 werden Bulgarien und Rumänien in die Europäische Union aufgenommen. Die EU setzt sich daraufhin aus 27 Mitgliedstaaten und fast einer halben Milliarde Menschen zusammen. Begleitet von Diskussion über EU-Vertragsreformen, findet eine weitere Erweiterung statt. Im Rahmen einer Volksbefragung am 22. Januar 2012 stimmten die Bürger Kroatiens mit circa 67 Prozent der Stimmen für den EU-Beitritt. So begrüßt die EU Kroatien am 1. Juli 2013 als 28. Mitgliedstaat. Das Vereinigte Königreich ist am 31. Januar 2020



Konstituierende Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg am 19. März 1958

© Europäische Union

aus der Europäischen Union ausgestiegen. Eine knappe Mehrheit (51,9 Prozent) der Briten hatte am 23. Juni 2016 bei einer Volksabstimmung für einen Austritt aus der EU gestimmt.

Derzeit gibt es acht offizielle EU-Beitrittskandidaten: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, die Türkei und die Ukraine. Zwei weitere Länder, Georgien und Kosovo, zählen zu den potenziellen EU-Kandidaten.

Der dbb beamtenbund und tarifunion ist als Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des

privatisierten Sektors in Deutschland Mitglied von CESI, der „Confédération Européenne des Syndicats Indépendants“ (Europäische Union der unabhängigen Gewerkschaften). Die CESI wurde 1990 als europäische gewerkschaftliche Dachorganisation gegründet und vertritt freie und unabhängige Gewerkschaften des privaten und des öffentlichen Sektors aus ganz Europa. Ihre Ziele hat die CESI in ihrer EU-Charta für den öffentlichen Dienst niedergeschrieben: CESI kämpft für einen starken, unabhängigen öffentlichen Dienst sowie effiziente öffentliche Einrichtungen in der gesamten Europäischen Union (EU), die den europäischen Bürgerinnen und Bürgern dienen. Sie unterstützt den Fortbestand und die weitere Entwicklung eines unabhängigen europäischen öffentlichen Dienstes. Auf europäischer Ebene ist die CESI als anerkannter Sozialpartner im Dialog der Zentralverwaltungen Ansprechpartnerin für die europäischen Institutionen, insbesondere für die Europäische Kommission. Sie wird zu allen sozialpolitischen Themen konsultiert, bezieht gewerkschaftspolitisch Stellung und trägt durch die gewerkschaftliche Arbeit ihrer Ausschüsse zur Entscheidungsfindung in der Europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik bei.

MM

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staude (1. Vorsitzender). Telefon: 0211.491583-0. Telefax: 0211.491583-10. E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de. Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Marcus Michel

Redaktion: Mathia Arent-Krüger, Tanja Walter, Roland Staude, Christian Kratzsch

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellanschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigen disposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 46, gültig ab 1.1.2024. Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

Frühjahrstagung der dbb jugend nrw

Anhaltende Arbeitsüberlastung, Stress ohne Ende und meckernde oder gar übergriffige Bürger belasten das Nervenkostüm vieler Beschäftigter im öffentlichen Dienst. Wie man mit solch überfordernden Situationen besser klarkommen kann, stand im Fokus der Frühjahrstagung der dbb jugend nrw im April in Königswinter.

Die Herausforderungen im Job werden immer komplexer, der Arbeitsdruck wird durch die allorts im öffentlichen Dienst herrschende dünne Personaldecke immer höher und beinahe jeder hat inzwischen Erfahrungen mit erbosten Bürgern gemacht, die alles andere als leicht wegzustecken sind. Der Stresspegel steigt. Erst recht, wenn alle an einem zerren. Wer dann auch noch ein Ehrenamt ausüben möchte, gerät leicht an seine Stressbelastungsgrenze.

Darüber, wie die Situation bei jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in NRW ist, gab der Landesjugendausschuss der dbb jugend nrw bei

seiner Frühjahrstagung einen Überblick. In Königswinter hatten sich rund 40 Mitglieder des gewerkschaftlichen Dachverbandes zur zweitägigen Fortbildungstagung getroffen, um sich unter anderem passend zum Jahresthema der dbb jugend nrw „mental stark – gemeinsam aktiv“ in einem Workshop über Anzeichen von Stress und mögliche körperliche Reaktionen darauf sowie passende Bewältigungsstrategien zu sprechen.

„Es war toll, wie offen und vorbehaltlos innerhalb unserer dbb jugend-Family über das Thema gesprochen wurde und jeder über eigene Erfahrungen berichtete“, sagt **Susanne Aumann**, Vorsitzende der dbb jugend nrw, am Rande der Tagung. Das zeige, dass das Thema tatsächlich auch viele junge Menschen bereits beschäftigt. In diesem Jahr will sich die dbb jugend nrw darum



Zur Frühjahrstagung versammelten sich Delegierte und Gastdelegierte der dbb jugend nrw in Königswinter.

verstärkt mit dem Thema auseinandersetzen. Im Jahresverlauf soll es hierzu weitere Seminare und Berichte auf der Website und Social Media geben. Zentral wird zudem die jährlich stattfindende Augustaktion das Motto „mental stark – gemeinsam aktiv“ wieder aufgreifen.

Wie kreativ die Mitglieder der Jugendgruppen unter dem Dach der dbb jugend nrw ihre Arbeit gestalten, zeigte sich nicht nur in den Berichten der LJA-Teilnehmer/innen über ihre Aktivitäten vor Ort. Neben Bezirksjugend-, Vorstands- und Mitgliedertreffen stellen sie in Summe viele Aktivitäten auf die Beine, die Spaß, Bildung und Teambuilding unterstüt-

zen: Vom Hochseilklettergarten über Bildungsfahrten, Benefiz-Fußballspielen bis hin zu Barcamps haben im Jahr 2023 zahlreiche Veranstaltungen stattgefunden oder sind für 2024 geplant. Kreativ zeigten sich die jungen Mitglieder zudem bei der Mottoparty am Abend. Jeder war gefragt, ein Kostüm passend zum Anfangsbuchstaben seines Namens zu finden. So tanzten Nichtschwimmer ebenso zu den Vibes von **DJ Antonio Elices** wie Dinos oder Jedi-Ritter.

Nach zwei vollen und ereignisreichen Testtagen im neuen „Köwi-Domizil“ ging es wieder zurück an die Homepage. Von dort gibt es bestimmt bald mehr.

TW